

## **Antrag**

**der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Uwe Schulz, Dr. Michael Esendiller, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Jörn König und der Fraktion der AfD**

### **Verhältnismäßigkeit bei der Regulierung kleiner und mittlerer Unternehmen herstellen – Den Mittelstand wirksam und dauerhaft von überproportionalen Belastungen befreien**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es ist seit langem bekannt, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) überproportional stark durch staatliche Bürokratie belastet werden. Den KMU erwachsen – je nach Messung pro Beschäftigtem oder im Verhältnis zum Umsatz – höhere Kosten durch die Erfüllung von rechtlichen Vorgaben als großen Unternehmen. Laut einer Studie im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie aus dem Jahre 2014 besteht auch in der Wissenschaft Konsens darüber, dass kleinere Unternehmen stärker durch rechtliche Regelungen belastet werden als größere. Demnach sind (Stand: 2014) mittlere Unternehmen viermal mehr durch Bürokratie belastet als große Unternehmen, Kleinstunternehmen sogar zwölfmal mehr. In einzelnen Branchen ist die unverhältnismäßige Belastung von KMU noch deutlich größer. Im Baugewerbe sind Kleinstunternehmen sogar mehr als 37-mal so hohen bürokratischen Kosten ausgesetzt wie große Unternehmen.<sup>1</sup>

Da die Bundesregierung bisher keine Schritte unternommen hat, in einer Folgestudie zu ermitteln, wie sich der unverhältnismäßige Erfüllungsaufwand in den letzten Jahren entwickelt hat,<sup>2</sup> kann nicht genau angegeben werden, wie stark die Belastung von KMU in absoluten Zahlen derzeit ist.

Wenn man die (veralteten) Zahlen der oben erwähnten Studie (auf S. 34) zugrunde legt, dann entstehen Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern im Schnitt 4.361 Euro jährlich an bürokratiebedingten Kosten je Mitarbeiter, Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern jedoch nur 354 Euro je Mitarbeiter. Pro Mitarbeiter bedeutet das für Kleinstunternehmen also rund 4.000 Euro mehr an Bürokratiekosten als für Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern. Man kann aktuell von ca. 5,7 Millionen Beschäftigten in Unternehmen mit bis zu neun Mitarbeitern ausgehen.<sup>3</sup> Diese Zahlen legen nahe,

<sup>1</sup> [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/beruecksichtigung-von-kmu-belangen-in-der-gesetzesfolgenabschaetzung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/beruecksichtigung-von-kmu-belangen-in-der-gesetzesfolgenabschaetzung.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

<sup>2</sup> Bundestagsdrucksache 20/1445 und Schriftliche Frage 22 des Abgeordneten Enrico Komning auf Bundestagsdrucksache 20/1679

<sup>3</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/731962/umfrage/beschaeftigte-in-unternehmen-in-deutschland-nach-unternehmensgroesse/#:~:text=Kleinstunternehmen%3A%20bis%209%20Besch%C3%A4ftigte%20und,Umsatz%20und%20kein%20kleines%20Unternehmen>

dass es sich bei der überproportionalen Belastung allein von Kleinstunternehmen jährlich um einen zweistelligen Milliardenbetrag handelt. Für kleine und mittlere Unternehmen mit mehr als neun Mitarbeitern kommen nach der gleichen Rechnung noch weitere Milliarden an überproportionalen Bürokratiekosten hinzu.

Dass das Problem nach wie vor vorhanden ist, auch, wenn die verfügbaren Zahlen etwas älter sind, bestätigt der Nationale Normenkontrollrat (NKR), der in seinem Jahresbericht 2019 davon sprach, dass die bürokratische Belastung KMU nach wie vor besonders trifft.<sup>4</sup> Auch der aktuelle Jahresbericht 2021 des NKR macht auf das Problem aufmerksam. Demnach ist der einmalige bürokratische Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft so hoch wie nie zuvor, unter anderem wegen der staatlichen Corona-Maßnahmen.<sup>5</sup> Gerade einmalige Kosten belasten KMU jedoch besonders stark, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln anmerkt.<sup>6</sup> Schließlich treffen einmalige Kosten meistens alle Unternehmen in gleichem Umfang, unabhängig von ihrer Größe, so dass kleine Unternehmen relativ gesehen stärker belastet werden.

Dieser Zustand ist äußerst brisant angesichts der Tatsache, dass der Mittelstand eine unentbehrliche Stütze der deutschen Wirtschaft ist. Wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mitteilt, sind über 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland Mittelständler. Mittelständler tragen 61 Prozent zur gesamten Nettowertschöpfung bei, stellen 55 Prozent der Arbeitsplätze und beschäftigen 80 Prozent der Auszubildenden.<sup>7</sup>

Es muss dabei besonders betont werden, dass einzelne kleine oder mittlere Unternehmen zwar im Regelfall nicht systemrelevant sind. Der Mittelstand als Ganzes ist jedoch systemrelevant. Ihn einseitig und unverhältnismäßig zu belasten, bedeutet, die deutsche Wirtschaft und die deutschen Beschäftigten massiven Gefahren auszusetzen. Hinzu kommt, dass insbesondere die östlichen Bundesländer von der mittelständischen Wirtschaft abhängen.

In Mecklenburg-Vorpommern arbeiten laut dem KfW-Mittelstandsatlas beispielsweise 91 Prozent der Erwerbstätigen in KMU.<sup>8</sup> Durch die unverhältnismäßige Belastung der KMU durch Bürokratie wird somit auch die grundgesetzlich verankerte Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse untergraben.

Die Bundesregierung hat das Problem grundsätzlich wahrgenommen und daher im Jahr 2016 den sogenannten „KMU-Leitfaden“ erarbeitet. Damit sollte sichergestellt werden, dass Gesetze schon im Entwurfsstadium systematisch auf ihre Folgen für KMU hin getestet werden. Laut dem Jahresbericht des NKR von 2019 (S. 38) hat sich das Instrument des KMU-Tests jedoch nicht bewährt.

Es ist höchste Zeit, dass die Systemrelevanz des Mittelstands endlich ernst genommen und gesetzlich angemessen berücksichtigt wird. Ein kleines Unternehmen mit zehn Mitarbeitern gleicht nicht einem Großkonzern. Es geht nicht an, beide trotzdem den gleichen Regeln und den gleichen Belastungen zu unterwerfen.

<sup>4</sup> [www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/300864/1680506/031c2177c968abf4b7e12dff189d219c/2019-10-22-nkr-jahresbericht-2019-des-nationalen-normenkontrollrates-data.pdf?download=1](http://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/300864/1680506/031c2177c968abf4b7e12dff189d219c/2019-10-22-nkr-jahresbericht-2019-des-nationalen-normenkontrollrates-data.pdf?download=1), S. 37

<sup>5</sup> [www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/300864/1959268/dfbaf1cf4066255b7c902e4000bb56c9/210916-jahresbericht-data.pdf?download=1](http://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/300864/1959268/dfbaf1cf4066255b7c902e4000bb56c9/210916-jahresbericht-data.pdf?download=1), S. 7

<sup>6</sup> [www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-europaeische-mittelstandspolitik.html](http://www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-europaeische-mittelstandspolitik.html), S. 55

<sup>7</sup> [www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/politik-fuer-den-mittelstand.html](http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/politik-fuer-den-mittelstand.html)

<sup>8</sup> [www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Mittelstandsatlas/Mittelstandsatlas-2018/KfW-Mittelstandsatlas\\_2018.pdf](http://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Mittelstandsatlas/Mittelstandsatlas-2018/KfW-Mittelstandsatlas_2018.pdf)

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die Entlastung des Mittelstands in ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu priorisieren;
  2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die überproportionale Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen, d. h. den messbaren Zeitaufwand und die Kosten durch die Befolgung gesetzlicher Vorschriften wirksam und vollständig beseitigt;
  3. dabei besonders darauf zu achten, Unternehmen von einmaligem Erfüllungsaufwand und sonstigen überproportional anfallenden Bürokratiekosten zu entlasten;
  4. zu diesem Zweck vom Nationalen Normenkontrollrat per Auftrag eine Evaluierung durchführen zu lassen,
    - a) die alle Vorschriften ermittelt, die den Unternehmen durch unionsrechtliche und bundesrechtliche Gesetzgebung oder Verordnungen entstehen und die KMU überproportional belasten,
    - b) die die Höhe der mit diesen Vorschriften jeweils verbundenen Erfüllungsaufwendungen für die verschiedenen Unternehmensgrößen (Einteilung in Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großunternehmen) möglichst genau bestimmt oder schätzt und in einer öffentlich verfügbaren Liste übersichtlich und nachvollziehbar darstellt;
  5. in diesem Zusammenhang per Auftrag einen Vorschlag vom Nationalen Normenkontrollrat erarbeiten zu lassen, wie der Staat KMU von diesen unverhältnismäßig hohen Belastungen effektiv, bürokratiearm und auch für die Zukunft entlasten kann;
  6. den eventuell auftretenden staatlichen Mehraufwand, der aufgrund des Vorschlags des Nationalen Normenkontrollrats entsteht, aus eigenem Interesse heraus zu verringern, indem Vorschriften in allen Bereichen des öffentlichen Rechts bezüglich der Kosten/Nutzen-Relation überprüft und gegebenenfalls massiv reduziert werden.

Berlin, den 25. November 2022

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

